

**Rede  
der Sprecherin für Jugendpolitik**

**Annette Schütze, MdL**

zu TOP Nr. 6 und 7 – Erste Beratungen

**6) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UN-  
Kinderrechtskonvention in der Niedersächsischen  
Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs.  
18/8717

**7) „Kinder an die Macht“ - Partizipation von Kindern  
und Jugendlichen in Niedersachsen systematisch  
weiterentwickeln und stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/8718

während der Plenarsitzung vom 16.03.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

in unserer letzten Sitzung im Februar ging es bereits um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, heute geht es um ihre Rechte. Damit befinden wir uns direkt im Spannungsfeld der Kinder- und Jugendpolitik: Auf der einen Seite Heranwachsende als verwundbarste Mitglieder unserer Gesellschaft, die auf besonderen Schutz angewiesen sind, und auf der anderen Seite die Rechte von Kindern – insbesondere auch ihr Recht auf Selbstbestimmung – die wir bewahren und stärken müssen! Diese beiden Aspekte bilden die Basis unseres kinder- und jugendpolitischen Handelns.

Meine Damen und Herren,

auf Bundesebene konnten wir in jüngster Zeit Fortschritte verzeichnen. Mit dem Referentenentwurf vom 20. Januar liegt ein konkreter Vorschlag vor, wie Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden können. Damit steht eine langjährige Forderung der SPD kurz vor der Umsetzung – auch wenn wir uns eine weitergehende Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz gewünscht hätten!

Mit seiner ressortübergreifenden Jugendstrategie von 2019 hat das Bundesministerium von Franziska Giffey einen detaillierten Plan vorgelegt, um die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Bereits an der Entwicklung der 163 Maßnahmen in neun Handlungsfeldern umfassenden Strategie waren junge Menschen maßgeblich beteiligt. Erst in der vergangenen Woche, am 11.03.2021, wurde das erste Jugend-Hearing des Bundes unter dem Motto „Corona und die Folgen für junge Menschen“ durchgeführt. Der Impuls des Bundes ist klar: Kindern und Jugendlichen haben eine eigene, starke Stimme, die gehört werden muss!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch in Niedersachsen können wir auf eine lange Tradition in der modernen Kinder- und Jugendpolitik zurückschauen. Bereits 2009 wurden die Kinderrechte in die Niedersächsische Verfassung aufgenommen, neben dem Landesbeirat für Jugendarbeit bearbeitet seit 2015 der Niedersächsische Landesjugendhilfeausschuss als Teil des Landesjugendamtes grundsätzliche Fragen der Kinder- und Jugendhilfe. Im selben Jahr nahm die Kinder- und Jugendkommission ihre Arbeit auf. Aus diesen Gremien sind bereits wertvolle Vorschläge und Impulse in die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendpolitik eingeflossen.

Und nicht nur auf institutioneller Ebene wurde die Kinder- und Jugendpolitik kontinuierlich weiterentwickelt. Bereits 2010 wurden in Niedersachsen eigene Projekte zur Umsetzung der damaligen EU-Jugendstrategie unter verschiedenen

Themenschwerpunkten initiiert. Schon in diesen Initiativen wurde der Paradigmenwechsel zu mehr Selbstbeteiligung junger Menschen deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Idee, Partizipationsrechte von Kindern- und Jugendlichen in die Verfassung aufzunehmen, folgt einer Kontinuitätslinie, die wir bereits sukzessive im vergangenen Jahrzehnt vorangetrieben haben. Dementsprechend stehen wir vielen Punkten des vorliegenden Antrags positiv gegenüber.

Denn dem Prinzip, Kindern eine Stimme zu verleihen und ihre Rechte zu stärken, fühlen wir uns verpflichtet. Deshalb haben wir in den zurückliegenden Jahren Strukturen geschaffen, die die Perspektive junger Menschen auf unserer Gesellschaft aufgreifen und in politische Entscheidungen einfließen lassen. Diese Strukturen müssen umfassend genutzt, auskömmlich finanziert und beständig weiterentwickelt werden. Nur wenn wir das bestehende Netzwerk an Expertise voll ausschöpfen, können wir langfristige und nachhaltige Verbesserungen umsetzen. Kinder und Jugendliche – als Experten in eigener Sache – in die bestehenden Strukturen stärker einzubinden, halte ich für einen guten Ansatzpunkt. Ist allerdings auch nicht neu. Ich freue mich darauf, die Frage im Ausschuss zu vertiefen!

Meine Damen und Herren,

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, die ihr Leben und ihr Umfeld betreffen. Dieses Prinzip ist bereits in vielen Teilen unserer politischen Kultur gelebte Realität. In meiner Heimatstadt Braunschweig wurde 2019 bereits zum fünften Mal die Jugendkonferenz durchgeführt – ein freies Beteiligungsformat, in dem Kinder und Jugendliche ihre Vorstellungen und Ideen für die Stadt entwickeln und vorstellen können.

Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen miteinzubeziehen, ist eine Bereicherung und eine Chance für uns alle. Nicht nur, weil ihre Sicht auf die Welt wichtig ist, um ihre Bedürfnisse zu verstehen, sondern auch, weil sie durch die frühe Erfahrung mit demokratischen Prozessen Selbstwirksamkeit erfahren. Gestaltungsspielräume und Diskurserfahrungen sind von essentieller Bedeutung, damit Kinder zu mündigen und kritischen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir in Niedersachsen gute und effiziente Kinder- und Jugendpolitik machen wollen, ist es unabdingbar, junge Menschen zu beteiligen. Wir müssen die Strukturen, die wir bereits haben, stärken. Wir müssen analysieren, wo die

Beteiligung bereits gut funktioniert, und wo noch Nachholbedarf besteht. Und wir müssen die Regelungen und Gesetze, die wir bereits haben, mit Leben füllen.

Wir werden im Ausschuss das Thema Jugendbeteiligung weiter vertiefen und die verschiedenen Möglichkeiten diskutieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!